

Der Vormarsch der Frauen stockt

Stagnierende Frauenanteile in kantonalen Parlamenten und im Bundesparlament. Von Werner Seitz

Von 1983 bis 1999 sind die Frauenanteile in Schweizer Parlamenten stark angestiegen. Diese erfreuliche Entwicklung hat sich im neuen Jahrtausend nicht fortgesetzt.

In den letzten zehn Jahren war von der Vertretung der Frauen in der Schweizer Politik zweimal prominent die Rede. 2010, als der National-, der Stände- und auch der Bundesrat je von einer Frau präsidiert wurden und somit alle «in Frauenhand» waren, und 2011, als es im Bundesrat vorübergehend eine Frauenmehrheit hatte. Diese unbestrittenen gleichstellungspolitischen Glanzlichter trübten jedoch etwas den Blick auf das Faktum, dass der Vormarsch der Frauen, der in den 1990er Jahren sehr beeindruckend gewesen war, in den letzten Jahren tendenziell ins Stocken geraten ist, und zwar auf eidgenössischer wie auf kantonomer Ebene.

Erstmals seit der Einführung des Frauenstimmrechts wurden bei den Nationalratswahlen 2011 weniger Frauen gewählt als bei den vorangegangenen Wahlen. Während der Rückgang um eine Frau dem Lospech einer Kandidatin der Tessiner CVP geschuldet war, entspricht das Stocken des Anstiegs bei 29 Prozent einem allgemeinen Trend. Im Verlaufe der Legislaturperiode stieg jedoch die Zahl der Frauen infolge von Rücktritten um fünf. So können diesen Herbst einige Frauen mehr mit dem erfolgversprechenden Label «bisherig» in die Wahlen 2015 ziehen.

Abflauen und Rückgang

Bei den kantonalen Parlamentswahlen stagniert die Frauenvertretung seit längerem. Bereits nach der Jahrtausendwende war der Anstieg des Frauenanteils abgeflacht. Seit 2004 schwankt er zwischen 25 Prozent (2013) und 27 Prozent (2007). Rückläufig seit 2003 ist die Zahl der gewählten Frauen im 46-köpfigen Ständerat, und zwar pro Wahl um je eine Frau. 2011 lag der Frauenanteil bei rund 20 Prozent.

Dagegen ist der Frauenanteil in den kantonalen Regierungen in den letzten vier Jahren um einen knappen Punkt auf 24 Prozent angewachsen. Im Vergleich zum starken Anstieg in den neunziger Jahren zeigt sich hier eine deutliche Abflachung. Erstmals seit 2011 sind zudem zurzeit wieder zwei Kantonsregierungen ohne Frauenvertretung (Luzern und Tessin).

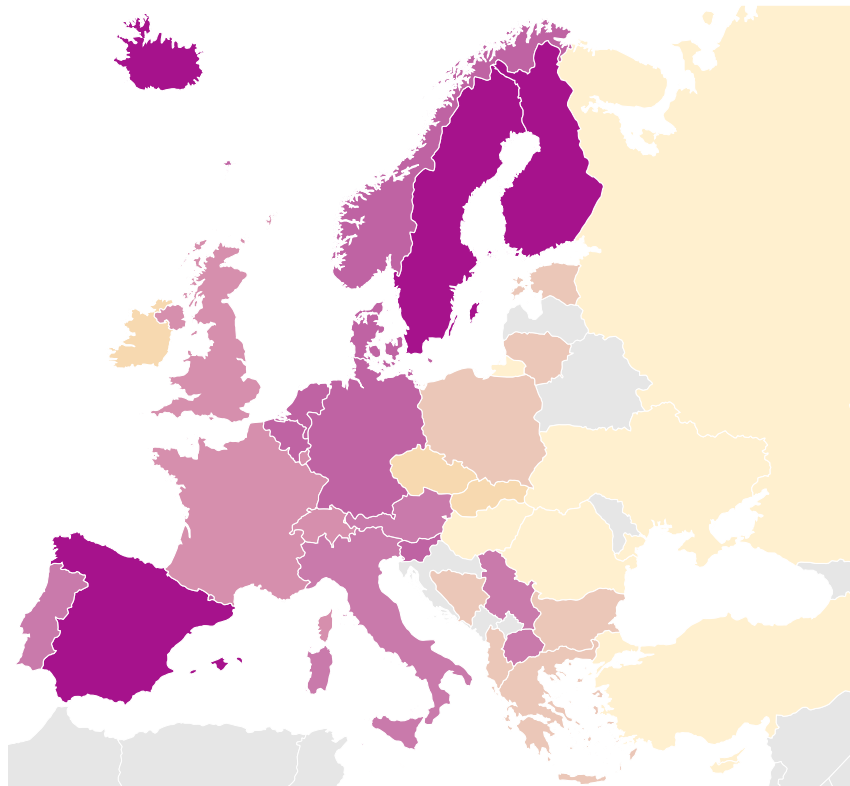
Im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten sind die Frauen der SP und der Grünen überdurchschnittlich stark vertreten. Ihre Anteile bewegen

Frauenanteile in europäischen Parlamenten und in der Schweizer Politik

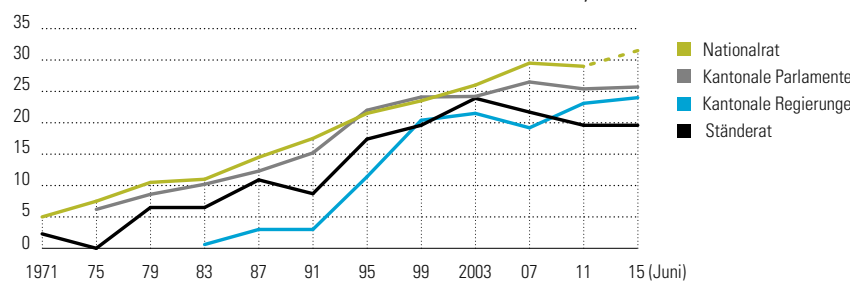
Die Frauen in den nationalen Parlamenten der europäischen Staaten (Stand Juni 2015)

Prozentzahl	Rang	Land
40-45%	43,6	1. Schweden
	41,5	2. Finnland
	41,3	3. Island
	41,1	4. Spanien
35-40%	39,6	5. Norwegen
	39,3	6. Belgien
	39,3	7. Andorra
	38,0	8. Dänemark
	37,3	9. Niederlande
	36,7	10. Slowenien
	36,5	11. Deutschland
30-35%	34,0	12. Serbien
	33,3	13. Mazedonien
	31,5	Schweiz (Juni 2015)
	31,3	14. Portugal
	31,0	15. Italien
	30,6	16. Österreich
25-30%	29,4	18. Grossbritannien
	29,0	Schweiz (nach den Wahlen 2011)
	28,3	19. Luxemburg
	26,2	20. Frankreich
20-25%	24,1	21. Polen
	23,8	22. Estland
	23,4	23. Litauen
	23,0	24. Griechenland
	21,4	25. Bosnien-Herzegowina
	20,8	26. Monaco
	20,7	27. Albanien
	20,4	28. Bulgarien
15-20%	20,0	29. Liechtenstein
	20,0	30. Tschechien
	18,7	31. Slowakei
	16,3	32. Irland
10-15%	14,4	33. Türkei
	13,7	34. Rumänien
	13,6	35. Russland
	12,9	36. Malta
	12,5	37. Zypern
	11,8	38. Ukraine
	10,1	39. Ungarn

QUELLEN: UNION INTERPARLEMENTAIRE GENEVE, BfU



Frauenanteile in der Schweiz auf nationaler und kantonomer Ebene, in Prozent



NZZ-INFOGRAFIK/lea

sich zwischen 40 und 51 Prozent. Unterdurchschnittlich ist dagegen die Frauenpräsenz der FDP (23 Prozent im Nationalrat und 21 Prozent in den kantonalen Parlamenten) und vor allem der SVP (mit 11 bzw. 13 Prozent). Die GLP nimmt mit einem guten Drittel eine Mitte-Position ein. Uneinheitlich ist der Frauenanteil bei der CVP: Im Nationalrat liegt er seit 2003 über 30 Prozent, in den kantonalen Parlamenten ist er deutlich kleiner.

Wichtige Rolle der FDP

Auch im Ständerat und in den kantonalen Regierungen stellt die SP die meisten Frauen. Von den neun Ständerätinnen gehören vier der SP an, je zwei der FDP oder der CVP und eine der GLP. Bei der SP beträgt der Frauenanteil 36 Prozent, bei der FDP 18 und bei der

CVP 15 Prozent. SVP und Grüne stellen keine Frau im Ständerat.

In den kantonalen Regierungen spielt neben der SP auch die FDP eine wichtige Rolle. Von den 37 Regierungsrätinnen stellt die SP 13 und die FDP 10. Die übrigen Regierungsrätinnen verteilen sich auf CVP (5), Grüne (4), SVP (3) und BDP (2). Ein Blick auf die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Parteien zeigt, dass bei den Grünen und der BDP Geschlechterparität herrscht. Bei der SP liegt der Frauenanteil bei 43 Prozent und bei der FDP bei 24 Prozent. Je rund 13 Prozent machen die Frauen unter den Regierenden der CVP und der SVP aus.

Werner Seitz leitet im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien» und schreibt an einer Monografie über die Geschichte der Frauen in der Schweizer Politik.

EUROPÄISCHER VERGLEICH

Werner Seitz · Lange wurde die Schweiz wegen der späten Einführung des Frauenstimmrechts international belächelt. In den siebziger und achtziger Jahren waren die Frauenanteile in der Schweizer Politik im europäischen Vergleich niedrig. Nach dem Vormarsch der Frauen in den neunziger Jahren positionierte sich die Schweiz im ersten Drittel. Nur die nordischen Staaten und Länder wie Deutschland, Österreich und Spanien hatten in den Parlamenten noch grössere Frauenanteile. Nach dem Stagnieren des Anstiegs des Frauenanteils von 2011 ist die Schweiz im Vergleich nach unten gerutscht. Mit der Verbesserung im Verlaufe der Legislaturperiode liegt der Frauenanteil im Nationalrat wieder knapp im ersten Drittel.

Sinkende freisinnige Frauenvertretung

Die Entwicklung der Repräsentation der Frauen in der Politik seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971

Aus Sicht der Gleichstellungspolitik waren die 1990er Jahre erfolgreich. Grund dafür war der «Brunner-Effekt». 1993 wurde anstelle Christiane Brunners, der offiziellen Kandidatin der SP, ein Mann in den Bundesrat gewählt.

Werner Seitz · Als 1971 das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene und in den meisten Kantonen eingeführt wurde, nahmen die Frauen sofort Einsitz in die Parlamente und steigerten ihren Anteil kontinuierlich – vorerst allerdings nur im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten. In den siebziger Jahren gehörten die gewählten Frauen vor allem den grossen Parteien FDP, CVP und SP an sowie den Liberalen. In den kantonalen Parlamenten stellten namentlich auch die verschiedenen Mitte- und Links-Parteien Frauen.

In den 1980er Jahren schafften die bürgerlichen Parteien den Wechsel von der Frauenstimmrechts-Generation zu neuen Kräften nur punktuell, auch

wenn die FDP mit Elisabeth Kopp die erste Bundesrätin stellte. Ihre Frauenanteile stagnierten. Dagegen trat mit den Grünen eine Partei die politische Bühne, die unter den Gewählten meistens Geschlechterparität oder eine Frauenmehrheit erreichte. Die SP wiederum liess sich in den 1980er Jahren von den Feministinnen der 68er-Parteien und den Grünen Beine machen und öffnete sich gegenüber jungen Frauen mit ihren Forderungen. Dadurch setzte eine parteipolitische Polarisierung der Frauenrepräsentation ein, die bis heute anhält.

FDP-Frauen stark vertreten

In den Ständerat wurden die Frauen, von einer Ausnahme abgesehen, erst ab 1979 gewählt, in die kantonalen Regierungen gar erst ab den frühen 1980er Jahren. Der Frauenanteil entwickelte sich sehr langsam und betrug zu Beginn der 1990er Jahre in den Kantonsregierungen gerade drei Prozent und im Ständerat neun Prozent. Die neunziger Jahre waren hinsichtlich der politischen

Gleichstellung der Frauen in der schweizerischen Politik die erfolgreichsten. Es war ein Jahrzehnt, in dem die Untervertretung der Frauen prominent auf der politischen Agenda figurierte. Auslöser war die Nichtwahl der Genfer Sozialdemokratin Christiane Brunner 1993 in den Bundesrat. Anders als 1983, als das Parlament Otto Stich anstelle von Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat wählte, akzeptierte die SP die Wahl des SP-Mannes nicht, und der eigentlich schon gewählte Francis Matthey machte Ruth Dreifuss Platz. Damit vermochte sich die SP vielen Wählenden als gleichstellungspolitische Referenzinstanz anzubieten, was sich in der Folge in zusätzlichen SP-Mandaten und vor allem in einer massiven Steigerung der gewählten SP-Frauen niederschlug.

Beeindruckend war auch die Antwort der FDP-Frauen auf die Diskussionen über die Untervertretung der Frauen: Sie nahmen rasch und relativ zahlreich Einsitz in den Ständerat und in die kantonalen Regierungen. Im Ständerat hatten sie in den 1990er Jahren die Mehrheit der Frauensitze inne, in den

kantonalen Regierungen rund 40 Prozent. Zusammen mit den Liberalen war ihr Frauenanteil noch höher. 2003 gehörten 15 der 34 Regierungsrätinnen der FDP (12) oder den Liberalen (3) an. Bis 2003 stellte die FDP in beiden Institutionen mehr Frauen als die SP.

Erlahmen nach 2000

Nach der Jahrtausendwende erlahmte der Effort der FDP, und ihre Frauenvertretung ging im Ständerat von sieben (1999) auf zwei (2011) zurück. Weil ab 2003 die Frauenvertretung bei der SP bei rund vier, der CVP bei rund zwei und der GLP bei einer Frau stagnierte, sank die Zahl der Ständerätinnen insgesamt von 2003 bis 2011 von elf auf neun.

In den kantonalen Regierungen spielte sich Ähnliches ab: Die Zahl der FDP/LP-Regierungsrätinnen sank von 15 (2003) auf 10. Hier konnte jedoch der Rückgang wettgemacht werden durch gewählte Frauen der Grünen (+3), der SP und der BDP (je +2) sowie der CVP (+1).

Meinung & Debatte, Seite 18

Alkohol vor Geschwindigkeit

Wo Schweizer Gefahren orten

Objektive Daten zu Unfällen und ihren Ursachen sind das eine. Subjektive Einschätzungen etwas anderes. Das zeigt die Bevölkerungsbefragung der Beratungsstelle für Unfallverhütung. Eine Diskrepanz zeigt sie in Bezug auf übersetzte Geschwindigkeiten.

P. S. · Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) trägt nicht nur statistische Daten zu Unfällen zusammen, sondern auch subjektive Einschätzungen aus der Bevölkerung. Ergebnisse der diesjährigen von ihr durchgeführten repräsentativen Umfrage hat die BfU in ihrer Statistik der Nichtberufsunfälle und des Sicherheitsniveaus in der Schweiz (Status) publiziert.

Handy und Tablet

Dabei wird zum Beispiel deutlich, dass die 747 in diesem Rahmen befragten Automobilisten das Lesen und Schreiben auf dem Handy oder Tablet während der Fahrt als grösstes Sicherheitsrisiko einschätzen. Auf einer Skala von 1 bis 10 erreicht dieses Fehlverhalten einen Wert von 9,1. Es folgen das Telefonieren am Steuer (8,3 Punkte), das Fahren in angetrunkenem Zustand (8,2), zu nahes Aufschliessen auf das vordere Fahrzeug (8,0) und das Bedienen des Navigationsgeräts während der Fahrt (7,0). Erst auf Platz 6 folgt die überhöhte Geschwindigkeit (6,5).

Konsultiert man die Statistik im neuen Status-Bericht der BfU, zeigt sich, dass die aus Unfällen wegen übersetzter Geschwindigkeit resultierende Zahl der Getöteten und Schwerverletzten mit 65 bzw. 3594 Personen erheblich höher ist als jene, die auf Unfälle wegen alkoholierter Lenker zurückzuführen ist (29 bzw. 1883 Personen). Frappant in der objektiven Statistik ist die Diskrepanz der wegen Geschwindigkeitsunfällen massiv Geschädigten und Getöteten zwischen normalen Strassen und Autobahnen. Auf Ersteren beträgt ihre Zahl auf 100 000 Einwohner 4,3 (innerorts) bzw. 6,1 (ausserorts), auf Letzteren 0,8 Personen.

Bei der Einschätzung zusätzlicher Sicherheitsmassnahmen im Verkehr zeigt sich, dass spezifische Velohelmobligatorien für Kinder bis 14 Jahre bzw. für E-Bike-Fahrer von 89 bzw. 88 Prozent der 1014 dazu befragten Personen tendenziell befürwortet würden. Eine ebenso hohe theoretische Akzeptanz geniesst die Sanierung oder Versetzung gefährlicher Fussgängerstreifen. Zwei Drittel bzw. etwas mehr der Befragten sprechen sich ebenfalls «eher» für ein Helmobligatorium für alle Velofahrer sowie für einen Sehtest für Fahrzeuglenker alle zehn Jahre ab dem Alter von 50 Jahren aus.

Restriktionen für Senioren, «die unsicher fahren», fanden Zustimmung bei 30 Prozent der Befragten, und 26 Prozent würden einen Wechsel des Beweismittels für eine Verurteilung wegen Alkohols am Steuer von der heute notwendigen Blutanalyse hin zum Atemalkoholtest begrüssen. Im Hinblick auf allfällige politische Entscheide oder gar Volksabstimmungen zu diesen Aspekten sind diese Ergebnisse mit Vorsicht zu geniessen. Erfahrungsgemäss verändern sich die Einschätzungen durch die vertiefte Auseinandersetzung mit bestimmten Fragestellungen.

Kaum Beleidigungen

Von den durch die BfU abgefragten Fehlverhalten im Strassenverkehr scheint für die Automobilisten das Bedrängen oder Auffahren von hinten das grösste Problem zu sein. 64 Prozent der 725 darüber befragten Automobilisten sehen sich oft oder gelegentlich mit solchen Ereignissen konfrontiert. Verbale oder gestische Beleidigungen gehören demgegenüber auf Schweizer Strassen offenbar zu den Ausnahmen. Lediglich 8 Prozent äusserten, damit konfrontiert worden zu sein.